

Haushaltsrede 2011

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages
und Damen und Herrn der Verwaltung,

heute beraten wir einen Haushalt, der auf den Planungsdaten des Jahres 2009 basiert. Damit trifft uns zeitverzögert die volle Wucht der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Aufgrund der niedrigeren Steuerkraftsumme und geringeren Schlüsselzuweisungen war bei der Haushaltsaufstellung von Mindereinnahmen von rd. 10 Mio Euro und unausweichlichen Mehrausgaben von rd. 2 Mio Euro auszugehen. Ein außerordentlicher Kraftakt war bei der Aufstellung des Haushaltes notwendig, um eine weitere Vorgabe zu erfüllen, nämlich die Selbstverpflichtung, die Stabilität der Kreisumlage bei 31 Punkten zu halten.

Die Verwaltung hat am 14. Dezember einen absoluten Sparhaushalt eingebracht, der im Ergebnishaushalt in den Bereichen Unterhaltung, Bewirtschaftung, Betriebskosten sowie in den Schulbudgets sehr stark nach unten gefahren wurde. Eine Maßnahme, die man sicherlich einmal für ein Ausnahmejahr akzeptieren kann, aber auf Dauer so nicht haltbar ist. Dies gilt um so mehr unter dem Gesichtspunkt, dass in den zurückliegenden, teilweise mageren Jahren in diesen Bereichen schon ein restriktiver Kurs gefahren wurde. Ebenfalls auf dem Tiefstand befindet sich der Finanzhaushalt im Bereich der Investitionen.

Trotz all dieser Anstrengungen wäre es nicht gelungen den Haushalt in dieser Form aufzulegen, wenn die in 2010 erwirtschafteten Überschüsse in Höhe von rd. 5 Mio Euro „vervespert“ und nicht in den Haushalt 2011 übertragen worden wären. So kann der Landkreis mit dem Überschuss und einer geplanten Schuldenaufnahme von 2 Mio Euro den Haushalt ausgleichen, wobei wir aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre der Hoffnung Ausdruck geben, dass durch eine Haushaltsbewirtschaftung „auf Sicht“ eine Neuverschuldung vermieden werden kann. Die neuesten Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung lassen uns da optimistisch in die Zukunft blicken.

Viele Punkte des neuen Haushaltes sind in Ausschusssitzungen und Besprechungen im Vorfeld abgeklärt worden. In einem solch engen Korsett sind daher auch keine weiteren Verschiebungen möglich. Die SPD-Kreistagsfraktion wird

also dem Hebesatz und dem Kreishaushalt sowie dem Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebes zustimmen.

Um so wichtiger erscheint es uns, einen kurzen Ausblick auf die zu erledigenden Aufgaben des Jahres 2012 zu machen und deren eventuelle Auswirkungen auf den nächsten Haushalt zu skizzieren.

Trotz der gestiegenen Steuerkraftsumme und der damit gestiegenen Kreisumlage bei gleichem Hebesatz um rd. 7 Mio für das Haushaltsjahr 2012, bleibt in der Finanzplanung ein Defizit von rd. 3,2 Mio Euro für 2012, das vorerst im Raum steht. Hinzu kommen eine Reihe neuer finanzieller Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt.

Dazu gehört der Straßenunterhalt, der mit Mehrkosten von mindestens 600 000 Euro kräftig zu Buche schlägt. Da die Schäden schon im frühen Stadium der Haushaltsaufstellung entstanden sind, sah die SPD-Fraktion es für richtig an, diese Kosten noch in den regulären Haushalt mit einzubauen, insbesondere da der Haushaltsentwurf auf den Basisdaten November 2010 keine Spielräume erkennen ließ. Daher unser Antrag auf eine Sondersitzung des Ausschusses. Aufgrund der Enge des Zeitplanes sowie der neuesten positiven Eckdaten (Stand Januar), die Sie uns in der Klausursitzung Ende Januar zukommen ließen, tragen wir es mit und hoffen, dass diese Mittel durch Umschichtungen im Haushalt aufgebracht und die Unterhaltsmaßnahmen als überplanmäßige Ausgaben abgewickelt werden können. Damit wird der Spielraum im Haushalt für weitere Überraschungen in 2011 natürlich deutlich eingeengt.

Im Personalhaushalt sind trotz aller Sparbemühungen im vergangenen Jahr neue Stellen zur Wahrnehmung zukunftsbezogener Aufgaben geschaffen worden. Dies wurde von uns aktiv unterstützt. Der neue Haushalt bringt jedoch deutliche Einschnitte in der Fortbildung und eine Kürzung des Lehrstellenangebotes. Dies muss im nächsten Haushalt wieder zurückgeführt werden, wenn wir ein ausreichendes Potential an Fachkräften für die Zukunft sicherstellen wollen. Durch den bereits erfolgten Tarifabschluss wird der Ansatz für die Personalkosten nicht ausreichen. Der Abschluss wird sich mit 1,5 % Steigerung auswirken, eingeplant sind 0,63 %. Dies kann und soll nicht durch weitere zusätzliche Einsparungen bei den Mitarbeitern erbracht werden, hier ist die Zitrone aufgrund der Einsparmaßnahmen der letzten Jahre nach unserer Auffassung ausgepresst.

Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld liegt in der Jugend- und Schularbeit. Die Präventionsarbeit stellt für uns ein notwendiges Instrument zur Vermeidung zukünftiger Sozialkosten dar. Daher müssen die Präventionsprojekte wie z. B. STÄRKE, HALT und FreD weiter gefördert und durch die Suchtberatung ergänzt werden. In der Schulsozialarbeit erwarten wir eine bessere Förderung durch das Land, damit diese entsprechend ausgebaut wird. Wir freuen uns, dass

die in der Vergangenheit aus finanziellen Gründen hinausgeschobene Förderung des Mittagstisches an den Förderschulen nun in diesem Jahr definitiv eingeführt wird und ich danke auch meinem Fraktionsvorsitzendenkollegen Toni Huber, der das Projekt ebenfalls tatkräftig unterstützt hat. Damit wird die Ganztageschule in diesem Bereich eine voll funktionsfähige Einrichtung. In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die dringlichen Appelle in den Vorträgen von Herrn Dr. Bürger im Jugendhilfeausschuss und von Dr. Klug am Bildungsoffenen Sonntag hinweisen, die die Wichtigkeit dieser Maßnahmen betonten.

Bei unseren Landkreisschulen sieht es im baulichen Sektor, nicht zuletzt dank des Konjunkturprogramms II, vom Grundsatz her gut aus. Hier hat der Landkreis in den vergangenen Jahren viel geleistet. Mit der Sanierung der Josef-Durler-Schule haben wir einen weiteren großen Schritt vor uns, für den die Weichen schon gestellt sind. Sobald die Finanzmittel es erlauben, sollte dieses Projekt in Angriff genommen werden.

Das Budget an allen unseren Schulen wurde für dieses Jahr aufgrund der Haushaltslage um 17% gekürzt. Diese Kürzung kann für uns nur eine einmalige Angelegenheit sein und muss im nächsten Haushaltsentwurf wieder rückgängig gemacht werden. Bei den Budgetberatungen hat sich gezeigt, dass unsere Schulen im Vergleich zu den umliegenden Schulstandorten eher im unteren Mittelfeld liegen. Bei den gewerblichen Schulen und den Förderschulen mussten wir im Rahmen der Beratungen zu unserem großen Erstaunen feststellen, dass diese erheblich unterfinanziert sind. So müsste das Budget der Förderschulen um 75% angehoben werden, um auf das Niveau der benachbarten Schulen zu kommen. Eine Maßnahme, die bei dem pädagogischen Auftrag der Schule und der anstehenden Inklusion dringend erforderlich ist, wenn dieser segensreichen Schultyp erhalten werden soll.

Bei den gewerblichen Schulen ist das Budget, bei etwas höherem Ausgangsniveau, um 50% unterfinanziert. Dies ist umso schmerzlicher, da dieser Berufszweig nur mit einem zeitgemäßen Maschinenpark das geforderte Ausbildungsniveau sicherstellen kann. Diese Unterfinanzierung ist in den zurückliegenden Monaten bei der Diskussion um die veraltete und technisch mangelhafte Ausstattung der gewerblichen Schulen deutlich zu Tage getreten. Die SPD-Fraktion erwartet daher, dass die Verwaltung nach Vorlage der in Auftrag gegebenen Gutachten ein Konzept zur Behebung der Mängel sowie einen mittelfristigen Plan zur Anhebung der Schulbudgets vorlegt, um die Modernisierung der Ausstattung sicherzustellen. Nachdem zukünftig auch die Werkrealschüler an den gewerblichen Schulen unterrichtet werden, erlangen sicherheitsrelevante Gesichtspunkte noch größere Bedeutung. Die SPD-Fraktion wird im kommenden Jahr hierauf ein besonderes Augenmerk richten.

Ein weiterer organisatorischer und finanzieller Schwerpunkt wird der Öffentliche Personennahverkehr bilden. Nachdem es durch die Verkehrserhebung zu einer Neuverteilung der Einnahmen zu unseren Lasten gekommen ist, werden wir hier mit steigenden Kosten zu rechnen haben. Gleichzeitig bieten die Zählergebnisse die Chance, unser Liniennetz zu überprüfen und Kosten einzusparen. Diese Arbeit wird in den nächsten zwei Jahren durchzuführen sein. Weiter schlagen die Kosten der Schülerbeförderung für die Werkrealschüler kräftig zu Buche, ohne dass wir vom Land die entsprechende Kostenerstattung erhalten. Hier sollte der Landkreis über den Landkreistag weiterhin Druck auf die Landesregierung ausüben.

Die Finanzierung der Ersatz- und Zusatzbeschaffung von Stadtbahnwagen und deren Auswirkung auf den Kreishaushalt ist derzeit noch ein Buch mit sieben Siegeln. Auch meine Anfrage im Aufsichtsrat des KVV brachte nur ausweichende Antworten. Es hat sich aber gezeigt, dass die Finanzierung der Stadtbahnwagen im Gebiet des KVV sehr unterschiedlich erfolgt und eine detailliertere Analyse notwendig ist. Die Stadtbahnwagen sind in der Regel durch GVFG-Mittel und kommunale Zuschüsse finanziert. Nach heutigem Kenntnisstand erfolgt keine Abschreibung. Wo zukünftig die Abschreibung der Fahrzeuge erfolgt und welche daraus abzuleitenden Folgerungen samt finanzieller Auswirkungen sich ergeben, ist zu klären. Es bleibt zu befürchten, dass bei Ersatzbeschaffungen wiederum kommunale Zuschüsse erwartet werden. Da die Hälfte der Laufzeit der Stadtbahnwagen bereits erreicht ist und die Vertragsverlängerung für den Betrieb der Murgtalbahn in 2012 ansteht, herrscht hier dringender Handlungsbedarf. Auch die Tarifstrukturen des KVV gehören in diesem Zusammenhang auf den Prüfstand. Wir erwarten hier eine spannende Diskussion in diesem Jahr. Gegebenenfalls muss der Landkreis entsprechende Rücklagen bilden, analog der von unserer Fraktion damals geforderten und eingeführten Deponierücklage.

Zu einem soliden Haushalt gehört es auch, dass die Abschreibungen erwirtschaftet werden. Es ist zwar rechtlich zulässig, diese Abschreibungen in Höhe von 4,5 Mio Euro in die Zukunft zu schieben, doch sollten unsere Anstrengungen darauf zielen, diese so früh wie möglich zu erwirtschaften.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass in den Bereichen

- Schulbudgets,
- Schulsozialarbeit und Kindertagesbetreuung,
- ÖPNV-Beförderungskosten,
- Ersatzbeschaffung von Stadtbahnwagen,
- Finanzierung Krankenhaus Rastatt,
- Abschreibungen,
- Straßenbau und Hochbau, Unterhalt

erhebliche Anforderungen an den Kreishaushalt in 2012 zukommen werden. Ohne das Thema breitzutreten möchte ich nur das Stichwort „Konnexitätsprinzip“, das bei großen Teilen der genannten Bereiche anzuwenden wäre, nennen. Für die SPD-Kreistagsfraktion ist es daher von großer Bedeutung, dass diese Themen alle frühzeitig aufgearbeitet werden und somit der Kreistag die Chance erhält, gestaltend auf den zukünftigen Haushalt einzuwirken. Danach muss über die Finanzierung diskutiert werden und gegebenenfalls über die Höhe einzelner Projekte entschieden werden. Die wirtschaftliche Entwicklung gibt uns die Chance hierzu, die wir auch nutzen sollten.

Die SPD-Fraktion bedankt sich bei Ihnen, Herr Landrat, für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit ebenso wie bei den Herren Dezernenten und den Geschäftsführern, Herrn Jung und Herrn Kohler, den Damen und Herren Amtsleitern und Sachgebietsleitern. Ein besonderer Dank geht selbstverständlich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei, allen voran Herrn Jung.

Vielen Dank.

Gerrit Große
Vorsitzender SPD-Kreistagsfraktion